

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Städtische Zeitung Rieser.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kantonhauptmannschaft Großschönau, des Kantonsgerichts, der Kantonverwaltung beim Kantonsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meilen.

Postkontor: Dresden 1530
Straßen Nr. 22.

Nr. 16.

Donnerstag, 20. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 5 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 20 Halb-Pfennige; die 88 mm breite Restzeile 100 Halb-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Texte, Bemerkungen Rabatt erlösch, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Frisches an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Stitzel, Rieser.

Der neue Landeskommandant in Sachsen.

X Berlin. An Stelle des mit dem 1. Februar auscheidenden Generalmajors Brück wird der mit dem 1. Februar zum Artillerieführer IV ernannte Oberst Fischer zum Landeskommandanten in Sachsen ernannt.

* Dresden. Die Ernennung des Obersten Fischer zum Landeskommandanten von Sachsen als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Generalmajors Brück hat nunmehr die erforderliche Zustimmung der sächsischen Regierung gefunden.

Polens Beunruhigung.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Qu. Der polnische Botschafter in Paris hat auf Wunsch der Warschauer Regierung erneut in den Gang der Pariser Entwaffnungsverhandlungen eingegriffen. Die polnische Regierung führt sich beunruhigt, weil die offiziellen französischen Kreise an den deutschen Vorschlägen hinsichtlich der Dispositionen nicht den gleichen Anstoß nehmen und nicht die gleiche Beunruhigung auslösen lassen wie das die offiziellen Kreise in Warschau tun. Mit den Militärkreisen um Pilsudski besteht eine starke Fühlungnahme von Seiten Polens, aber die Bemühungen, auch Briand in diesen Kreis einzubeziehen, sind gescheitert.

Die deutschen Unterhändler haben erneut bei ihrer Abreise nach Paris Anfang Januar die Anweisung erhalten, die Verhandlungen auf einer rein sachlichen Grundlage zu führen und politische Fragen in diesem Zusammenhang möglichst zu vermeiden. Polnische Generale haben selbst den Wert der deutschen Dispositionen für den Kriegsfall als unbedeutend und nur für die Defensivseite geeignet, bezeichnet. Wenn also jetzt die in Paris überreichten deutschen Vorschläge in dieser Frage nicht ausreichen sollten, so liegen den Bedenken französischer und polnischer Kreise politische Gesichtspunkte zugrunde, die mit dem eigentlichen Sachverhalt und dem positiven Wert der Ausgestaltung der Bestimmungen im Osten nichts zu tun haben. Der neue Versuch des polnischen Botschafters Chlapowski bei Briand vorzutragen, lediglich den Zweck, noch einmal auf das Bündnisverhältnis Polens und Frankreichs und auf die Bedenken polnischer Kreise, wie sie in Warschau anlässlich der ganzen verfahrenen Lage des Landes und seiner sich immer stärker geltend machenden Isolierung nur zu verständlich sind. Briand hat sich damit begnügt, auf den normalen Gang der Entwaffnungsverhandlungen und auf die erwarteten neuen deutschen Instruktionen hinzuweisen. Tatsächlich hat sich das Reichskabinett mit den Verichten der deutschen Unterhändler in Paris und mit den bisherigen Ergebnissen der Berliner Verhandlungen über die Kriegsmaterialfrage beschäftigt und die Instruktionen an die Herren von Pawelski und Dr. Forster ergötzt. Von einem deutschen Nachgeben kann nicht die Rede sein. Die Reichsregierung trägt sich auf die juristischen und militärischen Entschlüsse nicht nur deutscher, sondern auch ausländischer Sachverständiger. Dem polnischen Einfluss und den dauernden Quertreibereien der Warschauer Regierung, die sich auch noch in anderer Weise durch Neuerungen der offiziellen Persönlichkeiten in Angriffen auf Deutschland und die deutschen Ministerien in Polen Luft machen, ist man in Berlin bemüht, durch die sachliche Handhabung der Verhandlungsgegenstände wirksam zu begegnen. An dem Verhalten Briands Polen gegenüber hat man schon beim Abschluss des Locarnovertrages erkennen können, daß er über die französisch-polnische Freundschaft die europäische Sicherheit und die allgemeine Befriedigung stellt. Selbst Blätter wie der "Temps" warnen Polen vor einer Katastrophenpolitik, da man in Paris keineswegs gewillt ist, sich in neue Streitigkeiten mit Deutschland hineinzuziehen zu lassen. Die Spitze des polnischen Vorstoßes reicht also nicht mehr bis nach Berlin, da sie sich bereits in Paris am Widerstand der maßgebenden Regierungskreise abstoßt. Schon in wenigen Tagen wird man klar sehen können, ob die berechtigten deutschen Wünsche in Paris anerkannt werden und die Restpunkte bis zum 31. Januar ihre Erledigung finden können. Polens Einfluss auf die Verhandlungen in Paris ist nicht zu unterschätzen, aber in der Reichsregierung gibt man sich doch der Hoffnung hin, daß man ihn im allgemeinen überschätzt und daß in Paris die Verwirklichung des Sieges über nationalistische Tendenzen davongetragen wird.

Beginn der Danziger Verfassungskämpfe.

* Danzig. Im Danziger Volkstag begann gestern die erste Lesung der verschiedenen Gesetzentwürfe über die vom Völkerbund geforderte Neustrukturierung der Verfassung. Die Verkleinerung des Senats und des Volkstages brachte eine heftige Debatte um den Gesetzentwurf der Koalitionsregierung und den Entwurf der Sozialisten. Während die Regierungsparteien die Verkleinerung der Senatsmehrheit von 22 auf 16 und die Zahl der Volkstagsabgeordneten von 120 auf 72 forderten und neben 10 parlamentarischen Senatoren 6 Beamtensensoren verlangen, wollen die Sozialdemokraten die Zahl der Volkstagsabgeordneten nicht unter 85 herabsetzen wollen und die Beamtensensoren abgelehnt werden. Da die verfassungshändernde Weise keine Zweidrittelmehrheit erreichen werden, dürfte die ganze Angelegenheit bis nach den Neuwahlen verfringt werden.

Reichstanzler Dr. Marx gibt seinen Auftrag zurück. Eine Kabinettsbildung auf der Basis der Mitte nicht gelungen.

Berlin. (Funkdruck.) Reichstanzler Dr. Marx hat heute mittag, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erzählt, auf Grund der Erklärungen, die ihn der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz nach dem Reichspräsidenten von Hindenburg mitgeteilt, daß er ein Kabinett auf der Basis der Mitte nicht mehr für möglich halte. Damit ist die Mission von Dr. Marx zunächst erledigt. Reichspräsident von Hindenburg hat sich keine weiteren Entschlüsse vorbehalten.

Die Regierungstrife geht weiter.

Berlin. Die Hoffnung, daß der Zusammentritt der Reichstagsfraktionen am Mittwoch die schwierige Arbeit der Regierungsbildung einen entscheidenden Schritt vorwärts bringen würde, hat sich nicht erfüllt. Mit besonderer Spannung wurden die Erklärungen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei erwartet, die nach Lage der Dinge für die Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Kabinetts der Mitte und für die Bildung der Regierungstrife überhaupt entscheidend sind, nachdem der Fraktionsvorsitzende des Zentrums am Dienstag abend erklärt hat, daß an eine Reichskoalition nicht gedacht werde. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion kam verhältnismäßig schnell zu dem Beschlusse, daß sie grundsätzlich gegen ein Kabinett der Mitte nicht einzuwenden habe, sich aber ihre letzte Entscheidung vorbehalten, bis über Zusammenfassung und Programm eines solchen Kabinetts Klarheit besteht. Die Deutsche Volkspartei sprach in ihrem Fraktionsbeschlusse Dr. Curtius den Dank für seine Verhandlungen zur Bildung eines Kabinetts aus und erklärte, daß infolge des Abbruchs dieser Verhandlungen durch die Zentrumstrife die Frage nicht endgültig geklärt sei, ob die sachlichen Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der Deutschnationalen Fraktion auf innen- und außenpolitischem Gebiet gegeben sind. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz wurde beauftragt, die Verhandlungen auf der Grundlage der bisherigen Fraktionsbeschlüsse fortzuführen. Die Entscheidung der Volkspartei in einem Kabinett der Mitte im Sinne der Zentrumstrife bleibt also noch offen.

Dr. Marx, das hat der Zentrumsvorsitzende festgestellt, will über ein Reichskabinett nicht verhandeln, die in dem Beschlusse der Volkspartei zum Ausdruck kommende Sympathie für ein solches Kabinett könnte also erst praktische Wirkungen haben, wenn Dr. Marx seinen Verzicht eines Kabinetts der Mitte als gescheitert ansieht. Wenn die Volkspartei sich in ihrem Beschlusse zu dem Plan von Dr. Marx gar nicht geäußert hat, so hat das wohl den Grund, daß man das letzte Wort nicht sprechen will, bevor die Bedingungen bekannt sind, die die Sozialdemokratie an eine Unterzeichnung des Kabinetts der Mitte stellt. Die Sozialdemokraten andererseits will abwarten, ob ihr in dem neuen Kabinett dieselben Minister präferiert werden, gegen die sie vorher das schärfste Mißtrauen geäußert hat. So wird die Trife — ohne daß bisher von irgend einer Seite der Name Gehler genannt worden ist — tatsächlich doch zu einem Streit um Gehler.

Auch die Demokratische Fraktion, die sich am Mittwoch in ihrer Sitzung eingehend mit dem bekannten Artikel des Reichstags Reichsminister und mit dem Briefwechsel Reichsminister Reichsminister Reichsminister beschäftigt hat, hat in ihrem Beschlusse verurteilt, aber nicht schärfste das Vorgehen des Generalen Reichsminister, das als eine verletzende Einmischung in die Politik bezeichnet wird. Angesichts der Tatsache, daß Minister Dr. Gehler die Verantwortung für den Schritt des Generalen übernommen hat, dürfte dieser Beschlusse auch als eine Stellungnahme gegen den Minister angesehen werden, der bekanntlich Parteimitglied, aber nicht Parteiminister der Demokraten ist.

Die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, deren Vertreter bisher nicht von Dr. Marx gehört worden ist, bezieht sich ihre Stellung zu der kommenden Regierung von Fall zu Fall vor, äußerte aber Bedenken gegen zu starke Hindernisse nach links. Es bleibt abzuwarten, ob der rote Punkt, auf dem die Verhandlungen jetzt gekommen sind, durch die für heute Donnerstag eintreffende Sitzung der Zentrumstrife überwunden werden kann.

Amerikas Kreditgewährung an das Ausland.

Washington. Nach einer Meldung aus Washington äußerte der amerikanische Handelsminister Hoover über die Frage, welche Höhe die amerikanische Kreditgewährung an das Ausland voraussichtlich im neuen Jahre erreichen werde, daß seiner Ansicht nach der Umfang der ausländischen Anleihen 1927 als ebenso groß wie im vergangenen Jahre zu erwarten sei. Er wies keinen Grund dafür, daß die amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland nicht als eine regelmäßige Erscheinung im Wirtschaftslieben der Vereinigten Staaten anzusehen seien. Er könne auch nicht die pessimistische Auffassung teilen, daß die amerikanischen Auslandsanleihen eine übermäßige Ausdehnung angenommen hätten. Es müsse betont werden, daß die britischen Kapital-

Die Deutsche Demokratische Fraktion und die Reichswehr.

M Berlin, 18. Januar. Die Demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich heute abend mit der Frage der Regierungsbildung. Die Fraktion befaßte sich mit den Erklärungen des Reichstanzlers Dr. Marx abzuwarten. Bisher hat von diesem der Fraktion noch keine sachlichen oder persönlichen Vorschläge gemacht worden. Die Fraktion debattierte ferner die Frage der Reichswehr und nahm bei fast vollständiger Befreiung einstimmig folgenden Beschluß an: Die Deutsche Demokratische Fraktion, die sich durch alle berechtigten Vertreter Reich für die Reichswehr einsetzt und deren Entpolitisierung als Voraussetzung der Wehrhaftigkeit der Nation gefordert hat, mißbilligt es auf das Schärfste, daß ein General in die Politik eingreift und hierbei verlegende und durch Tatsachen widerlegte Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei erhebt. Sie erhebt ihren Protest, die nötigen Schritte gegen die Wiederholung eines solchen Vorgehens und für die Befreiung der Wehrkräfte, die ihm zugrunde liegen, zu tun, weil nur dann die Reichswehr eine Sache des gesamten Volkes werden kann.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung

bezeichnete in ihrer Fraktionsitzung ihre Stellung etwa dahin: Die Wirtschaftliche Vereinigung, deren Vertreter bisher noch nicht über ihre Stellungnahme befragt worden sind, hält an ihrem alten Standpunkt fest, daß sie sich keinem Kabinett gegenüber bündeln bindet, sondern ihre jeweilige Entscheidung nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der von ihr vertretenen Volkskreise treffen muß. Im Interesse dieser Volkskreise würde sie Bedenken gegen ein Kabinett der Mitte haben, das in sozialpolitischer Beziehung zu weitgehende Bindungen eingeht.

Dr. Brauns und die Regierungstrife.

M Berlin. Gegenüber anderslautenden Blättermeldungen teilt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns der "Germania" mit, daß er Verhandlungen mit der Reichsregierung überhaupt nicht geführt habe. Er habe stets und ständig den Standpunkt vertreten, daß die angeordnete Lösung der gegenwärtigen Krise eine Regierung der Mitte mit Unterstützung der Linken sei.

Dr. Scholz beim Reichstanzler.

Berlin. (Funkdruck.) Wie das Nachrichtenbüro aus parlamentarischen Kreisen erzählt, empfing Reichstanzler Marx heute vormittag den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz zu einer Besprechung über die Regierungsbildung. Ueber die von einem Margenblatt angekündigte gemeinsame Besprechung des Reichstanzlers mit Dr. Stresemann, Dr. Scholz und Dr. von Guericke steht noch nichts fest, es ist nach Ansicht unrichtiger parlamentarischer Kreise sogar wahrscheinlich, daß sie heute mittag nicht stattfinden wird.

Berlin. (Funkdruck.) Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz begab sich heute vormittag zum Reichstanzler Dr. Marx, um ihn den bereits gestern veröffentlichten gestrigen Fraktionsbeschlusse der Deutschen Volkspartei zu erläutern. Die Erläuterung dürfte, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen erzählt, dahingehen, daß die Deutsche Volkspartei den Versuch einer Kabinettsbildung der Mitte für aussichtslos hält und Dr. Marx ersucht, mit den Deutschnationalen über die Bildung einer Reichskoalition zu verhandeln. Die Besprechung wurde vom Reichstanzler Dr. Marx allein geführt. Minister Dr. Stresemann und Abg. von Guericke nahmen im Gegensatz zu anderslautenden Meldungen, wie das Nachrichtenbüro weiter erzählt, daran nicht teil.

Gleich nach der Besprechung mit Dr. Scholz begab sich Reichstanzler Dr. Marx zum Reichspräsidenten v. Hindenburg.

60 Millionen-Krupp-Anleihe.

Berlin. (Funkdruck.) Der B. B. zufolge hat ein unter Führung der Dresdener Bank, der Darmstädter und Nationalbank stehendes Konsortium eine 60 Millionen-Anleihe der Friedrich Krupp-Werke-Gesellschaft übernommen. Die Anleihe, die mit 6%, verzinst ist, gelangt zum größten Teil im Inlande zur Ausbringung.